



Industriellandschaft bei Dresden*: „Die Wahrheit wird den Betroffenen verschwiegen“

„Wir haben Angst um unsere Kinder“

SPiegel-Report über die Umweltverschmutzung in der DDR (I) / Von Peter Wensierski

Genossen“, die Miene des SED-Funktionärs wird ernst, „wir müssen unsere Wachsamkeit erhöhen. In Beratungen in Städten und Gemeinden, in Eingaben der Bevölkerung spielen neuerdings die Fragen des ‚Sauren Regens‘ und des ‚Waldsterbens‘ eine Rolle. Hier zeigen sich die Wirkungen des Westfernsehens und -rundfunks, die bewußt ein Problem hochspielen, um Unsicherheit zu verbreiten.“

Der Referent ist beauftragt, die verunsicherten Parteigenossen des „Kraftwerks der Jugend“ in Jänschwalde bei Cottbus mit Hilfe einer Agitationsanleitung aufzurichten.

Doch für Überzeugungsarbeit bietet das zwölfseitige Papier aus der Parteizentrale nur schlichte Argumente. Etwa: Jede Hausfrau wisse doch, daß Regenwasser weiches Wasser sei, und das sei eben sauer. „Aber kommt man immer darauf, wenn im Westfernsehen Tricks

vorgeführt werden, die in Bild und Farbe zu sehen sind?“

Ohne eine Antwort abzuwarten, fährt der SED-Aufklärer fort: Die Niederschläge im Bezirk Cottbus seien „ganz normaler Regen“. Dann, nach einer Kunstpause, der Merksatz zum Mitschreiben: „Wir haben also keinerlei Veranlassung, von ‚Saurem Regen‘ überhaupt zu sprechen.“

Der Genosse Referent setzt an diesem Abend DDR-Politik „konkret und schöpferisch“ um, wie es im Parteijargon heißt. SED-Ziel: Öko-Probleme zu verharmlosen und zu vertuschen.

Offiziell gibt es seit dem 16. November 1982 in der DDR keine Umweltsorgen mehr. Damals verabschiedete der Ministerrat eine „Anordnung zur Sicherung des Geheimschutzes auf dem Gebiet der Umweltdaten“. Damit verschärfte die SED frühere Weisungen, Umweltfragen herunterzuspielen. Die Öffentlichkeit hat von diesen Regelungen bisher offiziell nichts erfahren: Kein DDR-Bürger, und schon gar nicht der Klassenfeind,

soll mehr die sozialistische Umweltpolitik kritisieren können.

Ein internes Agitationspapier der SED zeigt, welche Sorge die Partei plagt: „Wir haben ganz allgemein ein gewachsenes Umweltbewußtsein zu verzeichnen... Die Bevölkerung achtet darauf, was in Luft, Wasser, Boden gelangt.“

Aber sie soll möglichst nichts Genaueres wissen. In Leuna ist den Bewohnern der Arbeitersiedlung bis heute unbekannt, daß sie Obst oder Gemüse aus den eigenen Gärten nicht essen dürften: Es enthält Cadmium, Quecksilber und andere Schwermetalle – bis zu 150mal mehr, als die menschliche Gesundheit gerade noch verkraftet. Die verantwortlichen Parteigenossen halten die Untersuchungsergebnisse unter Verschuß. Sie selbst allerdings sind vorsichtig: In ihren Gärten wächst nur Rasen.

Mölbis. Der kleine Ort, 500 Einwohner, ist eigentlich unbewohnbar.

Die Bäume verlieren schon Ende Mai ihre Blätter. In den Gärten kümmert

* In der Nähe des Braunkohlekraftwerkes Hirschfelde.

Grünzeug mit zusammengerollten Blättern dahin, Petersilie wächst überhaupt nicht mehr, Birke und Pappel sind ausgestorben. Mölbis lebt in einer Staubwolke, bei Südwestwind kommt das Gas. Das Dorf liegt inmitten des Braunkohlereviers südlich von Leipzig und genau im Windschatten des Kraftwerks Espenhain.

„Manchmal ist der Dreck so schlimm, da muß man am Tage mit Scheinwerfern fahren, da sieht man die Nachbarhäuser nicht mehr“, beklagte sich ein Betroffener vor zwei Jahren beim Umweltforum des Dresdner Kirchentages in aller Öffentlichkeit.

Seitdem hat sich nicht viel geändert. Immer wieder reisen Besucher vorzeitig ab; wer über Nacht bleibt, muß morgens früh oft erbrechen, manche haben furchtbare Kopfschmerzen. „Dann war das Gas wieder knüppeldick da“, sagen die Einheimischen.

Alltag in Mölbis: Kleinkinder leiden an chronischem Bronchialasthma. Erwachsene klagen über Atemnot oder Ekzeme, Kreislaufbeschwerden oder Depressionen. Das Leitungswasser ist ungenießbar – sauberes Wasser muß von außerhalb herbeigeschafft werden.

Die Behörden sind ratlos. Sie lassen mehr frisches Obst und Gemüse anliefern, als anderen Orten zugeteilt wird. Sie bieten einmal wöchentlich eine Arztsprechstunde für Senioren an. Die sechs- bis zehnjährigen Schüler werden für einige Wochen im Jahr evakuiert – dann können sie in „immissionsärmeren Regionen“ lernen. Damit sie sich wenigstens in den Ferien etwas erholen, stiftete das Kombinat Espenhain aus seinem Kontingent einige Urlaubsplätze – Umweltalltag im Industriegebiet der DDR.

Die Menschen setzen sich zur Wehr.

„Die Wahrheit darüber, was hier wirklich passiert, wird uns, den Betroffenen, verschwiegen. Wir erkennen nur die Spitze des Eisbergs. Natürlich ist seit einem Jahr manches in Bewegung gekommen. Dafür sind wir dankbar. Aber neue Beobachtungen und Informationen machen uns betroffen. Wir haben Angst um unsere Kinder und Enkel.“ So steht es in einer Einladung zu einem Umweltgottesdienst.

Längst haben sich in Mölbis Öko-Gruppen gebildet. Protestanten rufen zur Selbsthilfe auf, gemeinsam mit dem Bürgermeister pflanzten sie im Herbst etliche tausend Bäume.

In Dresden müht sich eine Initiative „Saubere Luft für

Mölbiser Kinder“ auf eigene Faust, Linderung zu schaffen. Sie sucht Familien, die erholungsbedürftige Kinder aus Smog-Gebieten eine Zeitlang bei sich zu Hause aufnehmen.

Im ganzen Land sind während der letzten Jahre Dutzende von Umweltgruppen entstanden. Manche arbeiten mit staatlichen Organisationen zusam-

Schlechtere Luft als in Chicago und Tokio

men, andere üben Selbstkritik an ihrem eigenen Verhalten als Konsumenten und Umweltschädiger, viele treten selbständig oder unter dem Schutz der protestantischen Kirchen in Aktion.

Zum alljährlichen Uno-Umwelttag Anfang Juni fallen die Grünen (Ost) regelmäßig mit Fahrraddemonstrationen auf, Motto: „Mobil ohne Auto“. In vielen Gemeinden sind Baumpflanzaktionen an der Tagesordnung. Die Umweltproteste in der DDR richten sich vor allem gegen den forcierten Wachstumskurs der SED, Hauptforderungen: eine öffentliche Umweltdiskussion und wahrheitsgetreue Darlegung der Fakten.

In fünf Ballungsgebieten, den Bezirken Halle, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-

Stadt und Berlin, konzentrieren sich auch die Umweltprobleme. Hier wird mehr als die Hälfte der industriellen Güter erzeugt, hier ist die Luftbelastung, ergaben DDR-Experten, „mehr als doppelt so hoch“ wie in Chicago, Tokio oder Düsseldorf.

Abhilfe ist nicht in Sicht. Wirksame Maßnahmen, die Luftverschmutzung zu reduzieren, haben die SED-Politiker nicht auf dem Plan. Die DDR ist nicht mal halb so groß wie die Bundesrepublik, doch sie stößt doppelt soviel Schwefeldioxid (SO₂) aus: fast sechs Millionen Tonnen pro Jahr.

Künftig werden es, wenn die SED ihre Politik nicht ändert, noch mehr sein. Die devisenschwache DDR will von Ölimporten möglichst unabhängig bleiben. Und da selbst die Sowjet-Union ihre Lieferungen gekürzt und verteuert hat, wird wieder mehr heimische Braunkohle verarbeitet. Sie gilt als sicherer Energieträger – zumindest noch bis ins Jahr 2030. So lange, schätzen die Experten, reichen die eigenen Vorräte.

Doch der energiepolitische Vorteil wird teuer erkauft – zu Lasten der Umwelt: Die Braunkohle, vor allem die aus dem Raum Leipzig/Halle, ist stark schwefelhaltig (bis zu drei Prozent), der Dreck geht in die Luft. Die Kreise Borna, Merseburg, Gräfenhainichen und Bitterfeld gehören zu den am stärksten belasteten Gebieten. Hier werden die Grenzwerte für Schwefeldioxid und andere Luftschadstoffe ständig überschritten. Verfeuert wird die Kohle in drei Dutzend Großkraftwerken, in 300 meist total veralteten Dreckschleudern der Industrie und im Hausbrand.

Das westdeutsche Kraftwerk Buschhaus, einmal voll ausgelastet, würde 125 000 Tonnen SO₂ pro Jahr emittieren. Solche nicht entschwefelten „Buschhäuser“ betreibt die DDR gleich reihenweise: Im Leipziger Raum stehen drei Großkraftwerke in Lippendorf, Thierbach und Vockerode. Sie schicken zusammen gut 735 000 Tonnen SO₂ durch den Schornstein. Im Cottbuser Raum liegen weitere drei: Vetschau (rund 180 000 Tonnen SO₂), Lübbenau (rund 180 000 Tonnen SO₂), Jänschwalde (derzeit rund 200 000 Tonnen SO₂, nach der für 1986 geplanten Erweiterung allein 400 000 Tonnen).

Anders als die Bundesrepublik, die durch Milliardeninvestitionen die SO₂-Emissionen der Kraftwerke in den nächsten vier Jahren auf etwa eine Million Tonnen reduzieren will, gibt es in der DDR



Baumpflanzaktion in Gotha
„Gewachsenes Umweltbewußtsein“

keine Aussicht auf Besserung: Es fehlt das Geld für den Umweltschutz.

Bestenfalls kann der Staat verhindern, daß noch mehr als die bisher fast sechs Millionen Tonnen in die Luft gepustet werden. Einen grundlegenden Wandel jedoch strebt die SED nicht an: Die Braunkohlevorräte sind ohnehin in gut 40 Jahren erschöpft, deshalb halten viele Wirtschaftsfunktionäre die notwendige Milliardeninvestition in wirksame Entschwefelungsanlagen für unrentabel.

Wirtschaftliche Stabilität hat Vorrang, die ohnehin knappen „Investmittel“ (so das SED-Deutsch) werden in anderen Bereichen der technologisch rückständigen Industrie dringender benötigt. Umweltpolitik in der DDR ist bisher nur ein schwacher Versuch, wenigstens die schlimmsten Schäden zu mildern.

Das gilt auch für die Rauchgasentschwefelung. Mit Riesenschlagzeilen verkündete die Partei vor Jahresfrist, daß nun endlich das Kalkstein-Additivverfahren anwendungsreif sei. Bei dieser einfachen und billigen Methode werden Kalk und Kohle im Verhältnis eins zu drei gemischt, zermahlen und verfeuert.

Der Kalk bindet dann den Schwefel. Ein Durchbruch allerdings ist das nicht. Das Verfahren läßt immer noch zwei Drittel des Schwefeldioxids durch den Kamin. Außerdem hat die DDR nicht genug Kalk. Um eine Million Tonnen SO_2 im Abgas zu binden, müßten

Die Umweltdaten bleiben unter Verschuß

20 Millionen Tonnen Kalk gefördert und zu den Kraftwerken transportiert werden – eine kaum lösbare Aufgabe. Interessant bleibt die Methode bestenfalls zum zeitweiligen Einsatz in einzelnen Kraftwerken und bei besonders großer Luftbelastung in einer Region.

Genauso praktiziert das auch die DDR. Im vergangenen Winter wurden lediglich bei Smog-Wetter in Leipzig und Halle einige Kessel des Kraftwerks Vockerode nach diesem Verfahren betrieben, „um Extremsituationen zu vermeiden“, wie es in einer Direktive des „Kombinats Braunkohle“ hieß.

Eine exakte Beschreibung der DDR-Umweltpolitik. Sie begnügt sich damit, solche Extremsituationen in den „Ballungsgebieten der Arbeiterklasse“ zu beherrschen.

Früher hieß es mal anders. Als sich Umweltprobleme nicht länger leugnen ließen, sollte eine fortschrittliche Ökopolitik die Überlegenheit des Sozialismus beweisen. Als zweites europäisches Land, nach Schweden, erließ die DDR 1970 ein umfassendes Umweltrecht, das „Landeskulturgesetz“, und schuf sich damit internationales Ansehen – schließlich wollte sie, damals von nur wenigen Staaten anerkannt, gleichberechtigt neben der Bundesrepublik an der ersten internationalen Umweltkonferenz 1972 in Stockholm teilnehmen.

Ein Jahr zuvor war ein Umweltministerium eingerichtet worden, an dessen Spitze seit März 1972 Hans Reichelt steht. Reichelts Kompetenz war und blieb allerdings beschränkt, sein Ministerium befaßt sich hauptsächlich mit der Abfall- und Wasserwirtschaft.

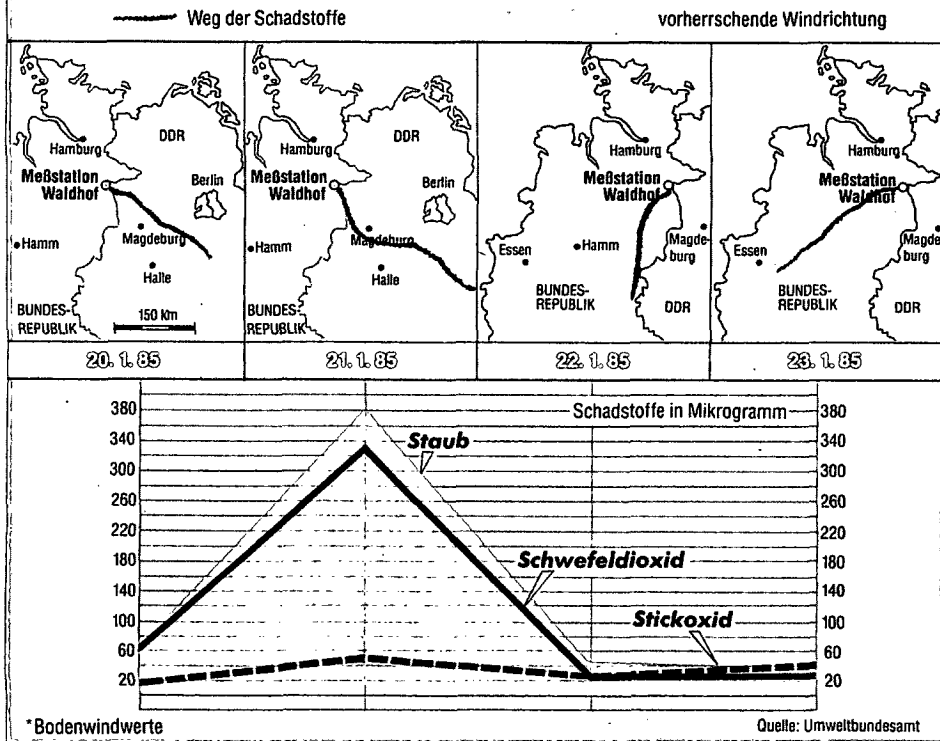
Der anfängliche Schwung und die Begeisterung der Propagandisten schwan-



Braunkohle-Abraum bei Cottbus: 300 total veraltete Dreckschleudern

SCHMUTZ AUS SÜDOST

In der Meßstation Waldhof berechnen Computer aus dem Schadstoffgehalt der Luft* und den meteorologischen Daten die Herkunft der Schadstoffe.



den schnell, als die Behörden begannen, die Lage im Land zu analysieren. Sie maßen den Lärm in Städten und Betrieben, ermittelten die Wasserverschmutzung in Talsperren, Seen und Flüssen, installierten ein flächendeckendes Netz von Meßpunkten zur Beobachtung der Luftverschmutzung und verarbeiteten die Daten mit Computern. Doch was die Kreis- und Bezirkshygiene-Inspektionen bei dieser ersten Bestandsaufnahme erfuhren, liegt noch heute unter Verschuß.

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ meldete am 20. März 1972, daß es nun „Karten über den SO_2 -Ausstoß von Industriebetrieben und die langfristige Belastung der Luft in der gesamten DDR“ gebe, erarbeitet von Wissenschaftlern der Technischen Universität Dresden. Freilich: „Die Karten stehen den Staats- und Wirtschaftsorganen sowie den Territorialplanern für Umweltschutzmaßnahmen zur Verfügung“ – engagierten Bürgern nicht.

Reichelts Planer, knapp an Geld, mußten pragmatisch an die Umweltprobleme herangehen. Das Ministerium 1975: „Die verfügbaren Mittel sind dort zu konzentrieren, wo die größte Dringlichkeit gegeben ist.“ Das heißt: Die Hälfte aller Investitionen floß in die „Zentren der Arbeiterklasse“, die am stärksten verschmutzten Regionen Leipzig/Halle, Karl-Marx-Stadt und Cottbus.

So ist es auch heute noch. Obendrein setzten die kurzsichtigen Bürokraten die spärlichen Finanzen falsch ein. Genau

wie ihre Kollegen in der Bundesrepublik glaubten sie, das SO_2 -Problem durch höhere Schornsteine lösen zu können. So wurden in den Ballungsgebieten, wo in unmittelbarer Umgebung von Fabrik-schlotten das Öko-System zusammenzubrechen drohte und die Emissionswerte Rekordmarken erreichten, einfach die Kamine bis zu 300 Meter Höhe gemauert, damit sich die Gifte in der Luft verdünnen.

Das ließ zwar die Leute beispielsweise in Halle etwas leichter durchatmen. Doch die Folgen zeigen sich nun woanders: Smog-Fahnen wehen in die Bundesrepublik (siehe Graphik), verpesten selbst ehemalige Reinluftgebiete in der DDR mit Schwefeldioxid. An der Ostsee registrieren Meßstationen beim Kap Arkona vor allem im Winter beunruhigend hohe SO_2 -Tagesmittelwerte, die weit über dem DDR-Grenzwert von 0,15 Milligramm pro Kubikmeter liegen.

Im Harz maßen Mitarbeiter der Sächsischen Akademie Mitte der 70er Jahre SO_2 -Langzeitwerte von 23 Milligramm mit Belastungsspitzen bis 70 Milligramm. Zum Vergleich: Die westdeutschen Grenzwerte liegen bei 0,14 Milligramm (Langzeitwert) und 0,4 Milligramm pro Kubikmeter (Kurzzeitwert).

Anstatt die Verursacher zu zwingen, die Schwefeldioxid-Emissionen drastisch zu senken, legte der Gesetzgeber lediglich maximale Immissionswerte fest. Sie geben an, welche Umgebungsbelastung für das betreffende Gebiet zulässig ist. Diese Werte können flexibel zwischen den Kombinat und den Kreis- oder

Bezirksbehörden ausgehandelt werden. Erfüllt ein Betrieb seine Auflagen nicht, dann beantragt er einfach, den Grenzwert heraufzusetzen. Die Begründung fällt nicht schwer: Am besten zieht der Hinweis, andernfalls könne der Plan nicht erfüllt werden.

Behörden, die Kontrolleure, und Betriebe, die Kontrollierten, pfuschen sich so durch. Da wundert es nicht, daß es in der DDR nicht mal dann Smog-Alarm gibt, wenn der Dunst suppendick über den Städten hängt. Vergangenen Februar waren die Luftwerte im Raum Halle/Leipzig dermaßen schlecht, daß eigentlich Alarmstufe drei hätte gegeben werden müssen. Doch die Bevölkerung soll nicht beunruhigt werden.

Ähnlich in anderen DDR-Städten mit regelmäßiger Smog-Lage: Suhl, Erfurt, Karl-Marx-Stadt, Cottbus oder Dresden stehen auf einer intern geführten Liste bedrohter Städte im Ost-Berliner Umweltministerium ganz oben.

In Dresden mußte schon in den 70er Jahren nachmittags das Straßenlicht früher eingeschaltet werden, weil der Dreck den Himmel verdüsterte. Aber auch kleinere Städte wie Lauchhammer im Kreis Senftenberg können im sozialistischen Smog-Wettbewerb mithalten: Neun Brikettfabriken, eine Kokerei und ein Eisenlegierungswerk nebeln den Ort ein. In Brandenburg reicht schon allein das Stahl- und Walzwerk. In Oranienburg sind es der VEB Pharma, das Rußwerk und die Schwefelsäurefabrik.

Der Erfurter Talkessel versank vorigen Winter besonders häufig im Smog. Schuld sind dort die veralteten Dampferzeugungsanlagen der Betriebe, die Kali- und Zementindustrie, aber auch die riesigen Lagerplätze für Schüttgut.

Vergiftetes Tierfutter, ungenießbares Fleisch

Die Nachbarstädte Gotha, Apolda und Arnstadt sind vor allem durch die Kaliindustrie betroffen.

Der Bezirk Erfurt hat ein Luftgütemeßnetz mit 390 Meßstellen für Staub und SO_2 . Ihre Aufzeichnungen zeigen: Ein Viertel der Bevölkerung im Kreis ist ständig einer Schwefeldioxid-Belastung über dem zulässigen Grenzwert ausgesetzt. Darüber berichtete einmal sogar die „Thüringische Landeszeitung“. Doch derartige Berichte sind heute eingestellt. Die Betroffenen erfahren über ihre bedrohliche Lage kein Wort: Der Thüringer Wald, mit 600 000 Gästen pro Jahr nach wie vor das zweitgrößte Erholungsgebiet in der DDR, eignet sich nicht mehr für Luftkuren.

Die Kurzsichtigkeit der DDR-Politik zeigt heute katastrophale Folgen. Im ganzen Land leiden Mensch und Tier unter den Schadstoffen in der Luft, ist das Ökosystem gefährdet, zerfrißt die

Korrosion historische Gebäude, nagt an Wohnhäusern und Betrieben.

Nicht allein Schwefeldioxid, das gelbe Gift, macht Betroffenen und Ärzten zu schaffen, auch andere Schadstoffe bereiten Kopfschmerzen:

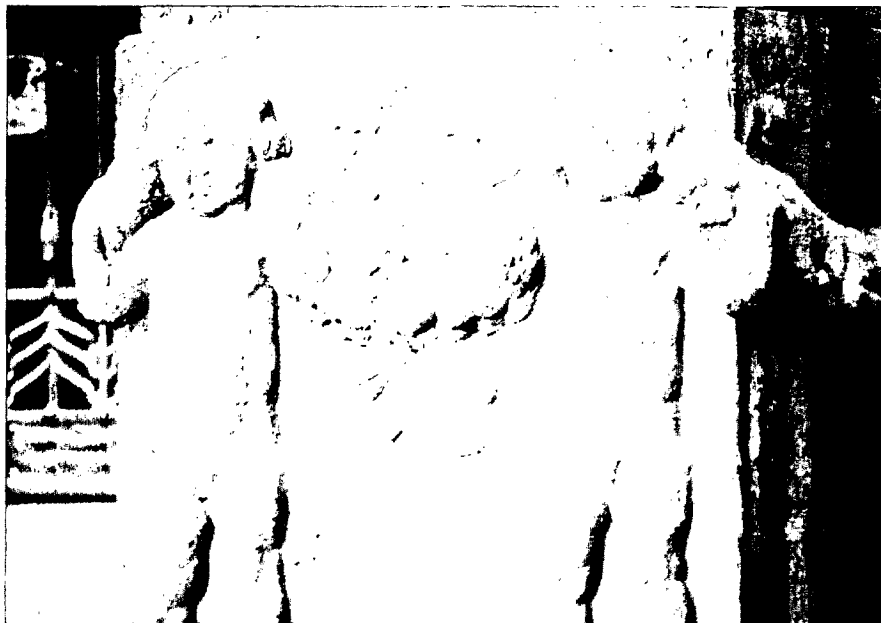
- ▷ In Freiberg, zwischen Dresden und Karl-Marx-Stadt, speit das Bergbau- und Hüttenkombinat „Albert Funk“ so viel Blei und Arsen aus, daß sich Spuren davon im Urin und in Haarproben von elfjährigen Schülern nachweisen ließen. Ärzte rieten den Eltern zu prüfen, „ob sie sich nicht verändern wollten“.
- ▷ Emaillewerke, Ziegeleien, Flußsäurefabriken und die Glasindustrie belasten diese Region zudem mit Fluor: In Gartenerdbeeren wurden bis zu



Aufkleber von Öko-Gruppen
„Mobil ohne Auto“



DDR-Umweltminister Reichelt
Beschränkte Kompetenz



Korrosions-Schäden*: Smog in den „Zentren der Arbeiterklasse“

1350 Milligramm pro Kilo gefunden – normal sind zehn bis 20 Milligramm.

- ▷ In Bitterfeld wurde der Knochenbau von mehr als 300 Kindern beobachtet und mit dem von Gleichaltrigen in einer unbelasteten Region verglichen. Fazit des Ärzteteams: „Bei Kindern, die in Gebieten mit beträchtlicher Luftverunreinigung lebten, zeigte sich jeweils eine deutliche Verzögerung des Skeletalters gegenüber dem Lebensalter.“
- ▷ Giftige Stäube beunruhigen auch die Veterinäre. Sie konstatieren „erhebliche immissionsbedingte Verschmutzung der Futtermittel“. Folge: Die Tiere leiden unter Kupfer- und Vitamin-A-Mangel, Leberstörungen und Degenerationen. In besonders stark belasteten Gebieten, empfahlen Wissenschaftler, sollen Schafe nicht mehr verzehrt, sondern nur noch als „Wollproduktionsherden“ gehalten werden.

- ▷ In der DDR gelangen jährlich, aus Zement- und Kraftwerken, etwa 4000 Tonnen Arsen in die Atemluft. Bis zu 35 Milligramm Arsen fanden DDR-Wissenschaftler in Gemüseproben, die sie in HO-Kaufhallen oder Konsum-Läden erwarben – der Normalgehalt liegt bei 0,4 Milligramm. Ähnlich hoch sind Cadmium-Belastungen (bis zum 100fachen des gesundheitlich unbedenklichen Wertes) und Blei-Konzentrationen (85mal mehr als normal).
- ▷ Die Korrosion an Industrieanlagen ist in belasteten Regionen sechsmal höher als in unbelasteten. Das Kombinat Bitterfeld errechnete einen jährlichen Mehraufwand für Instandhaltung von 7,6 Millionen Mark. Stadtplaner in Halle ermittelten, daß sie bei Altbauten 40 Prozent mehr als üblich für Ausbesserungen aufwenden müssen.

Seit Jahren stehen Krankheiten des Atmungssystems auf dem zweiten Platz der Leiden, die zu frühzeitiger Invalidität führen. Akute und chronische Bron-

chitis, Lungenemphysem und Asthma haben sich besonders in den Industrieregionen sprunghaft verbreitet. Das Zentralinstitut für Krebsforschung beobachtet eine kontinuierliche, „eindeutige Zunahme“ vor allem bei Lungenkrebs.

Den Wissenschaftlern ist klar, woher das kommt. Sie errechneten in internen Studien, daß sich die Lebenserwartung der DDR-Bürger um durchschnittlich vier Jahre erhöhte, würde die Luftverschmutzung allein in den Hauptbelastungsgebieten um die Hälfte reduziert. Dann verringerten sich die Krebserkrankungen um ein Viertel, die Herz-Kreislauf-Erkrankungen um bis zu 20 Prozent. Nach außen hin freilich darf das alles nicht so sein. Daß die Krankenstatistik alarmierend ist, weiß die Ost-Berliner Illustrierte „Für Dich“, liege an den Leuten selbst: Sie rauchten einfach zuviel. Die Risiken durch den Dreck in der Luft seien dagegen „vergleichsweise verschwindend gering“.

Mit solcher Schönfärberei versuchen die SED-Propagandisten auch das Waldsterben wegzureden. Mit knapp drei Millionen Hektar ist die DDR einer der

„Waldsterben – eine Erfindung westlicher Medien“

waldreichsten Staaten Europas. Doch öffentliche Statistiken über das Waldsterben gibt es nicht, nicht einmal der Begriff findet sich im neuesten DDR-Wörterbuch der Gegenwartssprache.

Der Vorsitzende der von der SED ins Leben gerufenen „Gesellschaft für Natur und Umwelt“, Harald Thomasius, disqualifizierte im vergangenen Jahr noch die Bezeichnung „Waldsterben“ als „unwissenschaftlich“. Sie sei „eine journali-

* Am Leipziger Neuen Rathaus.

stische Erfindung vor allem westlicher Medien“. Vor westlichen Journalisten lehnte auch der zweithöchste Forstmann der Republik, Oberstlandforstmeister Jürgen Säglitz, den Ausdruck „Waldsterben“ als unbrauchbar ab: „Der Wald stirbt nicht, er verändert sich.“

Aber wie. Der renommierte Dresdner Forstprofessor Hans-Günter Däßler gab 1978 an, daß zehn Prozent, also knapp 300 000 Hektar, der Gesamtwaldfläche „unter Rauchsäden“ litten. 1980 hielt er zwölf Prozent für „irreparabel geschädigt“.

Insgesamt sind heute rund 2,5 Millionen Hektar Wald erkrankt, das Verhältnis von 1978 hat sich nahezu umgekehrt: 14 Prozent Wald waren im vergangenen Jahr noch nicht sichtbar geschädigt. Es existiert sogar eine „Datenbank Waldfonds der DDR“. Dort können parteigenehme Experten Angaben über geschädigte Fläche, Holzart, Alter und Ertragsklasse abfragen. Doch nichts darüber dringt an die Öffentlichkeit.

Bei Begegnungen mit westlichen Politikern warnen DDR-Vertreter regelmäßig vor „einer Dramatisierung des Problems“. Hauptursache für die Waldschäden seien „Wetteranomalien“. Den Besuchern wollen sie weismachen, nur 200 000 Hektar Wald seien „geschädigt“.

Vielleicht glauben sie selbst daran. Ein Thüringer Förster klagt: „Man sieht als Fachmann an den Bäumen, daß sie in drei Jahren tot sind. Doch die SED-Delegationen aus Berlin schauen nach den immer noch grünen Blättern und fahren beruhigt zurück.“ Sein Eindruck: „Die hören gar nicht richtig hin.“

In den Bezirksverwaltungen, so kritisiert er, gibt es keine zuständigen Forstfachleute. Dort erwartet man nur die Lieferung der Holzkontingente. Der Forstmann: „Erst wenn sich um die Jagdhütten der Funktionäre der Wald lichtet, begreifen die wohl was.“

Nicht einmal Untersuchungen über die wirtschaftlichen Folgen des Waldsterbens zeigen Wirkung. In der Zeitschrift der Universität Dresden schilderte schon vor zwei Jahren ein Autorenteam von Forstingenieuren die „Auswirkungen der SO₂-Immissionen auf die Erholungsleistungen der Waldlandschaft“.

Das nimmt sich mitunter skurril aus. So heißt es in der Studie etwa über den „Nutzwert des Waldes in der höchsten Schadzone I“, daß bei anhaltender Abgasbelastung die Fichten weiter absterben und „die relative Verschlechterung der Erholungsbedingungen generell gegen 100 Prozent tendiert“. Wo der Wald so stark geschädigt sei, könne überall „davon ausgegangen werden, daß ... Erholungsnutzung nicht mehr im gesellschaftlichen Interesse liegt – ausgenommen Wintersport“.

Das wird die DDR-Bürger beruhigen: Wenn der Schnee den toten Thüringer Wald bedeckt, können sie immerhin noch Ski laufen. Wieviel Geld der regionalen Tourismusindustrie durch die Lapfen geht, weil sich sommers dort niemand mehr erholen will, haben die Forstleute auch ausgerechnet: 4100 Mark pro Hektar toten Waldes.

Die Autoren wollten „den ökonomischen Nutzen von Abgasreinigungsanlagen“ nachweisen, damit endlich in den Umweltschutz investiert wird. Schließlich ist der heimische Wald von enormer

volkswirtschaftlicher Bedeutung. Er deckt zwei Drittel des Holzbedarfs.

In der nächsten Zeit ist es sogar noch mehr: Um das Holz zu retten, mußten die Förster vorzeitig und unplanmäßig viele Bäume schlagen. Doch schon bald wird die Holzschwemme vorüber sein. Die jetzt als Ersatz für den toten Wald am extrem geschädigten Fichtelberg angepflanzten Ebereschen zum Beispiel sind erst in 50 Jahren hiebreif.

Bisher wurden, weil das eine rasche Holzernte versprach, fast ausschließlich Kiefern und Fichten gezogen – sie machen 76 Prozent des DDR-Waldes aus. In den nächsten Jahrzehnten wird sich

Das Elbsandsteingebirge löst sich allmählich auf

das mitteldeutsche Landschaftsbild radikal wandeln: Birke, Espe, Eberesche, Ahorn oder Buche lösen die Nadelwälder ab und geben der Landschaft einen anderen Charakter – wenn ihr Anbau überhaupt gelingt. Sonst bleiben nur verkarstete, grasüberwucherte Kuppen übrig.

Toter oder sterbender Wald ist mittlerweile überall in der Republik zu besichtigen, nicht nur im Thüringer Wald oder Erzgebirge. Forstexperten kommen aus ganz Europa angereist, um die Schäden zu studieren. Verblüfft sind sie dabei immer wieder über den Optimismus der Amtspersonen aus der DDR. Die glauben, sie könnten mit zusätzlichen Düngergaben, intensiver Schädlingsbekämpfung und vor allem



Kirchliche Umweltaktion in Mölbis: Protest gegen forciertes Wachstum



Baumtod im Erzgebirge: „Der Wald stirbt nicht, er verändert sich“

durch Wiederaufforstung mit „rauchresistenten Baumsorten“ der Probleme Herr werden.

Schließlich haben Forstleute in der Akademie Tharandt, wo an diesen Züchtungen gearbeitet wird, schon im vergangenen Jahrhundert über „Rauchschäden“ geforscht. Darauf und auf die ebenso langen praktischen Erfahrungen mit

* In der Akademie Tharandt.

waldbaulichen Gegenmaßnahmen im Erzgebirge verweisen die DDR-Experten immer wieder. Doch war der Wald früher nur lokal geschädigt, so stirbt er heute durch die großflächige Verbreitung verschiedener Gifte in allen Regionen. Da helfen die alten Erfahrungen nur noch bedingt: Züchtet man beispielsweise gegen SO_2 abgehärtete Pflanzen, bedeutet das nicht gleichzeitig eine Resistenz gegen Stickoxide oder Fluor.

missionen“ erreichbar ist. Mit „Anpassungsmaßnahmen an die Immissionsituation“ könne es eine grundsätzliche Rettung für die Wälder nicht geben. Da müsse man schon an die Wurzel des Übels, kritisierte unlängst der Direktor der Sektion Forstwirtschaft an der TU Dresden, Professor Fridtjof Paul.

Langfristig läßt sich der Wald seiner Ansicht nach nur sanieren, wenn die Belastung der Luft durch die Industrieabgase „entscheidend verringert wird“. Mit der von der SED favorisierten Pflanzung rauchharter Baumarten sei allenfalls „eine gewisse Stabilisierung der Waldbestände zu erreichen“.

Doch selbst eine dramatische Kurskorrektur der SED-Politik, die den Wald womöglich retten würde, käme für eine einzigartige Landschaft Mitteldeutschlands zu spät: das Elbsandsteingebirge. So mußte bereits die F 172, die Hauptverbindungsstraße zur CSSR, gesperrt werden, weil Teile des Gebirges herabstürzten. Ursache: Luftverschmutzung.

Das weiche und poröse Gestein hat begonnen, sich aufzulösen. Jene West-Berliner Rockgruppe, die in den Betonwüsten unter dem prophetischen Namen „Einstürzende Neubauten“ auftrat, wurde von der Wirklichkeit überholt: Noch vor den Neubauten stürzen in Deutschland die Mittelgebirge ein.

Im nächsten Heft

Kranke Kinder durch Pflanzenschutzmittel – DDT noch immer im Angebot – Dramatischer Artenschwund – Umweltgifte im Tierfutter – Verseuchter Boden



Bäume bei Begasungs-Tests*: „Relative Rauchresistenz“